

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Annahme einer EntschlieÙung

### **Keine Entlassung des Hauses Hohenzollern aus seiner historischen Verantwortung – öffentliches Kulturerbe sichern!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Seit mehr als 25 Jahren erhebt die Familie von Preußen als Erbgemeinschaft des sogenannten Hauses Hohenzollern Restitutionsforderungen gegenüber der öffentlichen Hand. Seit 2014 finden zwischen Vertreter\*innen der Familie, der Bundesregierung und den Ländern Berlin und Brandenburg nichtöffentliche Gespräche über einen möglichen Vergleich statt.

Dem Ausgleichleistungsgesetz zufolge sind Zahlungen oder Rückgaben an Enteignete nur dann möglich, wenn diese dem Nationalsozialismus keinen erheblichen Vorschub geleistet haben. Es ist nun endlich an der Zeit, den Ausgleichsanspruch und damit auch die Frage der Vorschubleistung juristisch zu klären.

Das Abgeordnetenhaus sieht angesichts der Ergebnisse der historiographischen Forschung sowie mit Blick auf die Rechtslage und Rechtsprechung starke Indizien, dass Vertreter\*innen des sogenannten Hauses Hohenzollern der Etablierung und Festigung des nationalsozialistischen Systems erheblichen Vorschub geleistet haben. Das Abgeordnetenhaus sieht im Ausgleichleistungsgesetz daher keine Grundlage für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat deshalb dazu auf, das öffentliche Interesse und Eigentum an diesem strittigen Kulturerbe zu verteidigen und darauf hinzuwirken, dass das von der Erbgemeinschaft selbst angestrebte Gerichtsverfahren zügig zu Ende geführt wird.

Insbesondere soll der Senat die Ablehnung und Nicht-Verhandelbarkeit jeglicher Forderungen erklären, die auf Wohn- und Nutzungsrechte in ehemaligen Immobilien der früheren Herrscherdynastie oder eine institutionelle Mitsprache der Familie von Preußen in öffentlichen Kultureinrichtungen in ihrer Funktion als Leihgeberin abzielen.

Der Senat ist zudem aufgefordert, auf umfassende Transparenz über den Gegenstand und Verlauf der bisherigen Vergleichsgespräche zu dringen. Dies beinhaltet auch die Offenlegung sämtlicher Forderungen der Familie von Preußen betreffend Kulturgut, das sich in Berliner Museen, Depots, Archiven und anderen Orten befindet.

Überdies setzt sich das Abgeordnetenhaus mit Nachdruck für die freie Ausübung der Wissenschafts-, Presse- und Meinungsfreiheit auch im Kontext der öffentlichen Debatte über die Restitutionsforderungen der Familie von Preußen und deren historische Verstrickungen in den Aufstieg des Nationalsozialismus ein.

Berlin, d. 11. März 2021

Saleh      Buchholz      Jahnke  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Helm      Schatz      Kittler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek      Gebel      Wesener  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen